

1. Welche Initiativen will Ihre Partei ergreifen, um Medienbildung in der Schule deutlich zu stärken?

Medienbildung ist eine der Grundvoraussetzungen des digitalen Zeitalters. Medienbildung heißt für DIE LINKE: Lernen für ein selbstbestimmtes und selbstbewusstes Verhalten im Netz statt paternalistischer Verbots- und Bewahrpädagogik. Dazu gehört, die Möglichkeiten der Information und Teilhabe zu erlernen, aber auch mögliche Gefahren zu erkennen. Medienbildung befähigt weiter zur eigenverantwortlichen Mediengestaltung, sei es in Blogs, Wikis, Foren, Podcasts, sozialen Netzwerken oder in den Kommentarfunktionen bei den Online-Auftritten von alten Medien, Unternehmen oder Politikerinnen und Politikern. Medienbildung ist angesichts des steten Medienwandels ein lebensbegleitender Prozess und muss in Bildungsangebote für alle gesellschaftlichen Gruppen und alle Altersstufen integriert werden. Schülerinnen und Schüler sollen Computer täglich so verwenden wie früher Schreibheft und Schulbücher. DIE LINKE versteht Medienbildung als Querschnittsaufgabe, da digitale Medien zu allen Lebensbereichen gehören und alle Lernbereiche auf Informationsbeschaffung angewiesen sind.

2. Wie wird Ihre Partei die Institutionen außerschulischer Bildung und Jugendhilfe so stärken, dass Medienbildung und Kinder- und Jugendmedienarbeit zu einem integrativen Bestandteil dieser Bereiche werden?

DIE LINKE hat die Kürzungen im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung vollständig abgelehnt. Während der Haushaltsberatungen hat DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag sich gegen **alle** Kürzungen im Bildungsbereich verwehrt. Für DIE LINKE gilt nach wie vor: Wer bei der Bildung kürzt, kürzt bei der Zukunft! Gleichzeitig hat die Fraktion DIE LINKE einen alternativen Haushaltsentwurf mit eigenen Einsparvorschlägen in den Landtag eingebracht. Wir zeigen, dass es möglich ist, die Schuldenbremse einzuhalten und trotzdem keine Kürzungen bei den Schwachen dieser Gesellschaft vorzunehmen.

3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit Kinder und Jugendliche lernen, die Chancen des Internets und der mobilen Kommunikationen zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit sowie zur Verstärkung ihrer gesellschaftlicher Teilhabe zu nutzen und wie wollen Sie Kinder und Jugendliche vor Gefahren im Internet schützen und über Risiken aufklären?

Um sich in der Welt elektronischer Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten an Information und Teilhabe, aber auch den möglichen Gefahren zu erlernen, gehört zu den Grundvoraussetzungen für Selbstbestimmung und Einmischung in einer demokratischen und digitalisierten Gesellschaft.

Galten früher Kindergärten, Horte und Schulen als natürliche Räume für den Erwerb klassischer Medienkompetenz, ist Medienbildung heute angesichts des stetigen Medienwandels ein lebensbegleitender Prozess und muss in Bildungsangebote für alle gesellschaftlichen Gruppen und alle Altersstufen integriert werden. Die Fraktion DIE LINKE

tritt dafür ein, Medienbildung in den Bildungsprogrammen der Bundesländer verpflichtend zu verankern. Dabei verstehen wir Medienbildung als Querschnittsaufgabe, da digitale Medien in alle Lebensbereiche eingreifen, alle Lernbereiche auf Informationsbeschaffung angewiesen sind und digitale Medien von Interaktion leben. Entsprechend erscheint ein eigenes Schulfach „Medienbildung“ als wenig zielführend. Zeitlich begrenzte Medienbildungsprogramme, wie sie unter Schlagwörtern wie „Medienkompetenzführerschein“ oder „Internetseepferdchen“ diskutiert werden, passen nicht zu unserem Verständnis von Medienbildung als dauerhaftem Prozess.

Vielmehr muss Medienbildung neben der Schule Eingang finden in die Aus- und Weiterbildung, in Betriebe, öffentliche Bildungseinrichtungen und Hochschulen. Dabei ist schon bei der Entwicklung der Medienbildungsangebote auf die Verzahnung von Technik und Inhalt zu achten.

4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um medienpädagogische Themen altersangemessen in die frühkindliche Bildung integrieren?

Wer die Ergebnisse der Hirn- und Entwicklungsforschung ernst nimmt, kommt zu dem Schluss, dass eine wichtige pädagogische Aufgabe darin besteht, Kinder im Vorschulalter möglichst vom Medienkonsum fern zu halten oder – in den Familien, in denen dies nicht möglich ist – diesen wenigstens einzuschränken.

Hierzu bedarf es im Bereich der Kindertagesbetreuung noch deutlich verbesserter Elternarbeit und damit auch einer Erhöhung der entwicklungspsychologischen und medienpädagogischen Kompetenzen des Personals. Ab dem Beginn des Schulbesuchs muss den Kindern umfassende Medienkompetenz durch medienpädagogisch und mediendidaktisch hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer vermittelt werden. Unverändert bedeutsam bleibt selbstredend die Rolle der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, die in der Vergangenheit zahlreiche gelungene Medienprojekte initiiert hat und hierbei wirkungsvoll unterstützt werden muss.

5. Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz, die heute unverzichtbar zur gesellschaftlichen Teilhabe ist. Wie gedenken Sie pädagogische Fachkräfte der außerschulischen Bildung sowie Lehrerinnen und Lehrer darin kontinuierlich zu qualifizieren? Unterstützen Sie den Vorschlag einer medienpädagogischen Grundbildung für alle pädagogischen Fachkräfte?

DIE LINKE möchte eine medienpädagogische Grundausbildung für alle pädagogischen Fachkräfte verbindlich festlegen. Medienpädagogik muss verpflichtend an Universitäten und Berufsbildungsschulen gelehrt werden. Sowohl an den Fachschulen für Erzieherinnen und Erzieher als auch an den Ausbildungsstätten sozialer Arbeit bedarf es einer Qualitätsoffensive für Medienpädagogik. Darüber hinaus möchten wir alle schleswig-holsteinischen Lehrerinnen und Lehrer zu Fortbildungen in der Medienpädagogik motivieren. Freistellungskapazitäten und entsprechende Angebote müssen dafür vom

Bildungsministerium bereitgestellt werden. Medienbildung muss als Querschnittsaufgabe Eingang in so gut wie alle Unterrichtsfächer finden.

DIE LINKE nimmt die Aufgaben Medienpädagogik, Jugendmedienschutz und Vermittlung von Medienkompetenz ernst und plädiert deshalb für eine Erweiterung des § 7 des Gesetzes zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz). Neben Jugendbildungsreferenten sollten in entsprechender Anzahl medienpädagogische Fachkräfte der Jugendverbände gefördert werden. Auf die besondere Bedeutung der Kompetenzförderung im Grundschulalter und die Rolle der Schulen wird nachfolgend verwiesen.

6. Wie wollen Sie den Ausbau der medienpädagogischen Elternarbeit und entsprechender Netzwerke in den Regionen verstärken, damit Eltern für aktuelle Aufgaben der Medienerziehung sensibilisiert werden?

Um den Aufgaben der Medienerziehung gerecht zu werden, muss Medienpädagogik dauerhaft in allen Bildungsbereichen verankert werden. Dafür ist ein flächendeckender Ausbau des Beratungsnetzes für Eltern und Pädagogen aufzubauen.

Aus Sicht der LINKEN muss darüber hinaus ein breites Kursangebot der Volkshochschulen und anderer Träger zur Verfügung gestellt werden, um ein adäquates Maß an medienpädagogischer Elternarbeit erreichen zu können.

7. Wie stellen Sie sich die Integration medienpädagogischer Aspekte in die Beratungspraxis von Einrichtungen im Bereich der Eltern- und Familienberatung und der sozialpädagogischen Familienhilfe vor?

Medienpädagogische Aspekte sollten verpflichtend in die universitäre Ausbildung von Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen integriert werden. Gleichzeitig müssen die entsprechenden Einrichtungen für eine medienpädagogische Arbeit ausgestattet werden. Angesichts verstärkter Probleme von Eltern und Familien, die im weitesten Sinne auch mit Mediennutzung zu tun haben, sollte in den nächsten Jahren hier ein Schwerpunkt liegen.

8. Wie kann Ihrer Meinung nach die Finanzierung der Medienausstattung, des technischen Supports und der Unterstützung von Schulen sichergestellt werden?

DIE LINKE lehnt jede Partizipation von Konzernen an der Bildung ab, denn die Neutralität der Lehrinhalte muss kompromisslos erhalten bleiben. Die Ausstattung der Schulen für die Medienbildung muss durch den Etat des Bildungsministeriums sichergestellt werden. Für DIE LINKE gilt auch in dieser Frage: Wer an der Bildung kürzt, kürzt an der Zukunft!

9. Die ständige Veränderung von Kommunikation und Medien erfordert eine kontinuierliche medienpädagogische Praxis- und Evaluationsforschung um zu klären, welche Ansätze erfolgreich und nachhaltig sind. Was haben Sie vor, um eine derartige Forschung und Evaluation zu unterstützen bzw. zu gewährleisten?

Bisher beschränkt sich die medienpädagogische Praxis- und Evaluationsforschung vorwiegend auf die quantitative Mediennutzung. Besonders im Bereich der der Mediensozialisationsforschung und der medienpädagogischen Begleit- und Praxisforschung ist eine deutliche Verstärkung der Forschungsaktivitäten notwendig. Bund und Land sind verpflichtet die Entwicklung von nachhaltigen, erfolgreichen Ansätzen zu unterstützen.

10. Wie gedenken Sie, die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen?

Allererste Voraussetzung für den kompetenten Umgang mit und in Medien ist im digitalen Zeitalter der Zugang zum Internet. Deshalb braucht Medienbildung die Überwindung der digitalen Spaltung. Leistungsfähige Netzanschlüsse müssen auch dort vorhanden sein, wo es sich für Telekommunikationskonzerne nicht lohnt diese anzubieten. Netzfähige Endgeräte müssen zum Existenzminimum gehören.

Der (N)Onliner Atlas 2011 der Initiative D21 belegt: Die vorhandene digitale Spaltung beruht im Wesentlichen auch auf einer sozialen Spaltung der Gesellschaft. Zwar sind insgesamt immer mehr Menschen online, Offlinesein beschränkt sich dabei immer deutlicher auf Menschen in prekären Lebenslagen.

Medienbildung soll jedoch nicht nur zu einer kritischen Aneignung von Medieninhalten, sondern auch zur eigenverantwortlichen Mediengestaltung befähigen. So sollen Menschen am Prozess medialer Öffentlichkeit selbst teilhaben. Raum für Teilhabe bieten Online-Medien wie Blogs, Wikis, Foren, Podcasts, soziale Netzwerke und die Kommentarfunktionen bei den Online-Auftritten von alten Medien, Unternehmen oder auch Politikerinnen und Politikern. Aber auch klassische Bürgermedien und Offene Kanäle wie beispielsweise freie Radios sind Orte, an denen aktive Medienkompetenz erprobt und vermittelt wird. Sie alle sind potenzielle Quellen kritischer Gegenöffentlichkeit.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien können Plattform zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Verwertungszwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Sie ermöglichen allen, selbst kreativ zu werden und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. DIE LINKE unterstützt die Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer, denen es um Freiheit und Selbstbestimmung geht.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der technischen Plattformen von Bürgermedien und Offenen Kanälen ein. Denn dort findet ein wichtiger Teil der Aus-, und Weiterbildung im nichtkommerziellen Medienbereich statt.